

Deeskalation

Einhalt gebieten – Ausgleich finden

TWH Foto Rally Fans



Bevor Präsident Trump zu seiner 58. Rally fuhr, eben nach Montoursville im so wichtigen Herzland der Präsidentialwahlen Pennsylvania (Blake Marneff für Mauern an der Südgrenze, Foto), fragten ihn Medienleute, warum er Aussagen seines Umfelds vor den Kongress-Demokraten behindere? Er, so Trump, habe transparent mit Bob Mueller kooperiert, der zwei Jahre 18 arge Demokraten anführte und fast \$40 Mio. ausgab, 500 Personen befragte und fast 1,5 Mio. Dokumente erhielt. Jetzt will er regieren, kein Ermitteln wiederholen, betonte er am 22. Mai. Indes hat Generalanwalt Barr Anwalt Durham bestellt, die Ursprünge der Mueller-Affäre zu ergründen.

John Durham hat Vollmacht eine Grand Jury zu installieren oder jemanden anzuklagen. Er soll mit anderen Diensten viel ausleuchten, was nun Politiker und Examtsinhaber aufstört, zumal Trump nicht wieder Anwalt Don McGahn aussagen ließ, da er das schon 30 Stunden tat. Die Opposition prüft Amtsenthebung – und leistet Trump mithin Wahlhilfe. Die Kernfrage bleibt: wie ist es abzuwenden, dass Geheimdienste und andere Teile im Staatsapparat nicht durch Regierende gegen Oppositionelle missbraucht werden, zumal vor Wahlen? Ja, Amerikas Demokratie braucht Gesundung, zumal äußere Probleme nicht minder drängen.

Westasien Deeskalation

Teheran werde sich an Amerika wenden, wenn es dazu bereit sei. In der Zwischenzeit gehe dessen Wirtschaft unter, schade für Iraner. Am längeren Hebel sah sich so Präsident Trump am 20. Mai. Er möchte Iran aus dessen Ideologie von Gewalt und Terror zwingen. Euranier wie Emmanuel Macron, Angela Merkel und Wladimir W. Putin warben Iran am 21. Mai, im Atompakt zu bleiben. Die Lage könnte eskalieren. Trump am 21. Mai befragt, ob dies passieren könne, sagte, keine Anzeichen dafür zu haben. Sollte es so kommen, würde Iran die geballte Gewalt treffen, er habe keine andere Wahl. Ob es Verhandlungen gebe? Nein, und Ja, wenn sie anrufen und dazu bereit seien. Seit einem Jahr wirken Sanktionen – ohne E3. Was können die erwarteten und unerwarteten Eskalationen Teherans für Folgen haben?

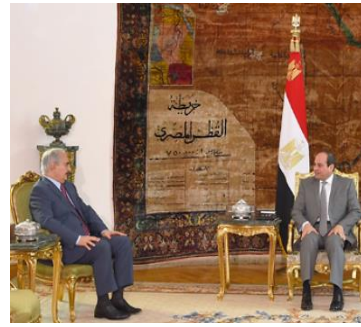
- Iran verlässt Atompakt durch Anreicherung von Uran, Neubenutzung von Reaktoren oder verborgenen Stellen/Reserven, um rascher Nukes zu haben. Alliierte Reaktion (AR): Bombardierung der Anlagen, um A-Programm samt Trägern zu degradieren. Iraner wenden sich gegen ihre Regierung.
- Konflikte um Israel durch Proxies in Libanon, Gaza und Syrien (Gasangriffe) wie Hizballah, Hamas und Milizen; AR: Blockierung der Landwege Iran-Israel, Kräfte Irans in Syrien, falls nötig, im Irak.
- Versuche, Golfstaaten um Saudi-Arabien durch Angriff und Sabotage von Ölstätten in Konflikte zu ziehen; deren globale Ausdehnungen durch Terror. AR: weltweite Abwehr, auch al-Huthi in Jemen.
- Sperrung der Meerenge von Hormus und Attacken auf maritimen Verkehr. AR: Vorbeugende Aktionen; Zwiste mit dem Kreml, China, E3-Europäern. Direktangriffe könnten Nato-Bündnisfälle sein.

Kräfte und Globaljihadisten sind bereit. Gewinnt nach dem Boykottjahr die Deeskalation, erlauben dies islamistische Ideologien? Nur, wenn Finanzquellen versiegen. Dahin gibt es erste Hoffnungen. Viel hängt von Israels Regierung und Irans Volk ab. Das Ringen in der Nato-Koalition gegen radikalen Islamismus, so Vizepräsident Pence, sei noch nicht vorbei.

Libyen, Nato

Am 16. Mai traf Präsident as-Sisi General Haftar zum zweiten Mal seit 4. April, da dessen Truppen die Hauptstadt Tripolis angreifen. Europa und Amerika sind entzweit in ihrer Hilfe für Khalifa B. Haftar oder seinen Gegenspieler Fayiz M. as-Sarraj, Chef der Übergangsregierung Tripolis. So auch die Nato, die laut Generalsekretär Stoltenberg auf UN-Vermittler für Libyen Ghassan Salama setzte. EU-Außenchefin Mogherini wandte sich gegen Khalifa Haftars Griff nach Tripolis. Die **Nato** verfehlte, Alliierte und Partner zu verbünden.

Kairo, Haftar und as-Sisi, al-Ahram **Foto**



Sudans Streiks

In Khartum nehmen sich Zivilisten und Militärs weitere Pausen, um die **Interimszeit** und deren Befugnisse auszuhandeln. Zuvor gab es blutige Zwischenfälle. Nach der dritten Gesprächsrunde zwischen dem Interimsmilitärrat und Sudans Assoziation der Berufstätigen – SPA, links deren Logo – gab es am 21. Mai keine Einigung. Der Militärrat sei zu keinem Kompromiss bereit und fordere den Chefsitz und eine Sitzmehrheit. Die SPA sehe auf allen Ebenen Zivilautoritäten vor. Sie beginne fortan mit deren Aufbau von unten nach oben und benutze zivilen Ungehorsam, Generalstreik samt Streikkomitees in Sit-in-Zonen, bis die Ziele der Revolte erreicht sind.



Schwarzwesten, Nato-Speerspitze, Berlin

Am 18. Mai demonstrierten wieder die **Gelbwesten**, offiziell 15.500, nach eigenen Daten 41.000. Schwarzwesten, **gilets noirs**, besetzten am 19. Mai Teile des Charles de Gaulle Airports. Einer ihrer **Anführer**, zumeist illegale Zuwanderer, rief „Frankreich gehört nicht den Franzosen, jeder hat das Recht, hier zu sein.“ Ob er so etwas von Angela Merkel hörte, die als **Globalistin** sagte, „Deutschland, das sind wir alle“? Was **deutsch** sei, befragte sie wie Präsident **Steinmeier** das Deutsch Sein und Werden. Beiden fiel es schwer, neue Identitäten zu prägen, ein Grundproblem; wie bei Schwarzwesten ebenso, die Schule machen könnten.

Foto Bundesregierung Bergmann

In Munster besuchte die Kanzlerin am 20. Mai die schnelle Nato-Eingreiftruppe (5.000, multinational). Die „Nato-Speerspitze“ sei der modernste und schlagkräftigste Nato-Verband mit der höchsten Einsatzbereitschaft und jährlich wechselnder Führung, 2019 Berlin. **Merkel**, die oft „Menschen in Deutschland“, kaum Deutsche nimmt, obzwar Zuwanderer auch Deutsche werden, meinte, dafür zu sorgen, dass Deutschland den Verpflichtungen gegenüber der Nato nachkomme und als berechenbarer und leistungsstarker Bündnispartner wahrgenommen werde. Daran ist aber zu zweifeln. Die Haushaltslage kränkelt, **Kosten** für Flüchtlinge stiegen 2018 auf €23 Md. (8 Fluchtursachen, 4 Hartz IV; 2017 21). Wäre der **Sprung** auf 2% Nato-Anteile nicht zu hoch, missraten ihre Prioritäten?



Mehrheitlich geißelte der Bundestag Boykottaufrufe der BDS-Kampagne (Boycott, Divestment, Sanctions) gegen Israel am 17. Mai. Er forderte, Antisemitismus zu bekämpfen. Wäre es da nicht geboten, proislamistischen Bewegungen Irans Hilfe zu entziehen, nicht mehr Organisationen/Projekte finanziell zu fördern, die das Existenzrecht Israels bestreiten? Wenn Angela **Merkel** betonte, es gebe keine „rein militärischen Lösungen“, so wäre dies ein Kernbeitrag in den ideellen Zwisten.

Wolfgang G. Schwanitz